

Richtungsstreit über künftige Reformpolitik: Putins Kampf gegen die Oligarchen

Rahr, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rahr, A. (2003). Richtungsstreit über künftige Reformpolitik: Putins Kampf gegen die Oligarchen. *GUS-Barometer*, 9(34), 1-4. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-130917>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

GUS- Barometer

Herausgegeben von der Körper-Arbeitsstelle Russland/GUS
zur Unterstützung des Petersburger Dialogs.

August 2003 | Nr. 34 | 9. Jahr

Putins Kampf gegen die Oligarchen

Richtungsstreit über künftige Reformpolitik

Während im übrigen Europa die Wirtschaft lahmt, erlebt Russland unter Wladimir Putin einen Wirtschaftsboom. Doch im Innern regiert Putin autoritär, das Gewaltmonopol des Staates verstärkt sich. Der Kreml will bei der Wiederwahl Putins im März 2004 kein Risiko eingehen. Während Boris Jelzin in den neunziger Jahren seine Macht gegen die Altkommunisten absichern musste, erblickt die Putin-Administration in den Oligarchen heute ihre Hauptgegner. Der Kampf gegen die Oligarchen könnte negative Auswirkungen auf die Westöffnungspolitik Wladimir Putins haben.

Putin hat für Russland ein Herrschaftsmodell entwickelt, das er seinerzeit als Vizebürgermeister von

Sankt Petersburg Anfang der neunziger Jahre auf regionaler Ebene aufgebaut hatte. Danach basiert die Macht auf drei Säulen: den Sicherheitsapparaten, den neuen Unternehmern sowie liberalen Reformpolitikern. Die Geheimdienste und Militärs sollen Recht und Ordnung herstellen, die Unternehmer die Wirtschaft modernisieren und konkurrenzfähig machen und die Liberalen den Ideen der Marktwirtschaft und Demokratie in der Politik zum Durchbruch verhelfen. Drei Jahre lang versuchte Putin, die Kräfte auszubalancieren. Heute funktioniert dieses Modell nicht mehr. Die Unternehmer der staatlichen Konzerne kann der Kreml kontrollieren nicht aber die mächtig gewordenen Oligarchen. Letztere sind in einen erbitterten Kampf mit dem Kreml geraten.

Das System Putin

Die erste Säule bilden die früheren Geheimdienstkollegen Putins. Sie stehen für eine Ordnungspolitik, betrachten die Liberalisierung im Land mit skeptischen Augen und sind das konservative Element in Putins Führungsmannschaft. Westlichem Einfluss stehen sie ebenfalls mit Skepsis gegenüber. Das in den letzten Jahren erwirtschaftete Finanzpolster wollen sie für die militärische Wiederaufrüstung des Landes nutzen. Sie möchten das politische und wirtschaftliche Leben im Staat nach Möglichkeit vollkommen kontrollieren. Die mit Reichtum protzenden Oligarchen würden sie am liebsten enteignen und die Kontrolle über deren Finanzimperien selber übernehmen. Den FSB-Generälen ist es zunehmend ein Dorn im Auge, dass die privaten Ölfirmen Jukos und Sibneft



EU-Russland-Forum in Rom, von rechts: Silvestri (Istituto Affari Internazionali), Jastrschembskij (Putin-Berater), Rahr (DGAP), Margelov (Föderationsrat), Komarow (Gasprom-Vorstand), Moiseew (Chef Rosaviakosmos).

Impressum

Herausgeber: Körper-Arbeitsstelle Russland/GUS. Eine gemeinsame Einrichtung der Körper-Stiftung, Hamburg und des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin. **Redaktion:** Alexander Rahr | **Anschrift:** Rauchstraße 17-18, 10787 Berlin, Telefon 030 · 254231-54, Fax 030 · 254231-68, E-Mail gus@dgap.org, Internet www.dgap.org und www.koerber-stiftung.de

das Öl zu einem vierfachen Inlandspreis ins Ausland verkaufen und die Kapitalisierung ihrer Konzerne die staatlichen Einnahmen aus dem Energiegeschäft weit übertreffen.

6000 FSB- und Militärangehörige sind unter Putin in die Herrschaftselite kooptiert worden. Vor allem die Präsidialadministration, das Machtzentrum des „Systems Putin“, wurde zu 70 Prozent mit Offizieren aus dem Geheimdienst FSB und dem Militär durchsetzt. Fast alle Posten der stellvertretenden Leiter der Kreml-Administration sind gleich nach der Amtsübernahme Putins von ihnen besetzt und seitdem machtpolitisch ausgebaut worden. Diese Personen manipulieren heute das Parlament, überwachen die Parteien, die Gouverneure, die Staatsanwaltschaft, die Massenmedien und viele NGOs. Nach Angaben der Soziologin Olga Kryschtanowskaja, besteht die Ebene der stellvertretenden Minister heute aus 35 Prozent FSB- und Militärangehörigen. Auf der regionalen Ebene wurden so genannte „Räte für Sicherheit“ eingerichtet, die für die Kontrolle der lokalen Gouverneure zuständig sind. Somit ist in Russland klammheimlich die Herrschaftselite militarisiert worden. Hat demnach in Russland ein schleichernder Geheimdienst- und Militärputsch stattgefunden?

Die zweite Säule – die Unternehmer – ist nicht homogen. Innerhalb dieser Gruppe dominieren heute die so genannten Oligarchen. Einige von ihnen sind in dem offiziellen Russischen Verband der Unternehmer und Industriellen vereint (z.B. Michail Chodorkowskij), andere haben untereinander Beziehungen mit Clancharakter, wie die „Jelzin-Familie“, aufgebaut (Roman Abramowitsch). Sie waren unter Jelzin an die politischen Schaltstellen der Macht gelangt. Eigentlich sind die meisten Oligarchen untereinander verfeindet. In der Privatisierungsphase hatten sie sich bitter bekämpft, doch in Situationen, in denen sie gemeinsam bedroht werden, kommen sie schnell zusammen. So geschah es 1996, als die Wiederwahl Jelzins gesichert und 1999, als seine Nachfolge geregelt werden musste. Putin und seine FSB-Generäle wissen nur allzu gut, welche Macht ein Zusammenschluss der Oligarchen für die russische Politik bedeuten kann. Ohne die Clanstrukturen der „Jelzin-Familie“ wäre Putin 2000 nicht Präsident geworden. Ein Grund für die jetzige Attacke gegen Chodorkowskij ist die Verhinderung einer potenziellen Allianz der Oligarchen gegen Putin.

Putin hat es in den letzten drei Jahren, trotz mehrerer Angriffe gegen die Oligarchen, nicht geschafft,

das Oligarchensystem in Russland zu beseitigen. Er hat zwar Boris Beresowskij und Wladimir Gussinskij ihre Imperien abgenommen, beide – wie seinerzeit Stalin Trotzki – ins Exil gejagt und mit den übrigen Oligarchen einen Friedenspakt geschlossen, doch dieser hat sich vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen aufgelöst. Putin hatte den Oligarchen zugesichert, sie könnten ihre Imperien weiter vergrößern, wenn sie sich aus der Politik heraushalten und sich einem Zivilisationsprozess unterziehen würden. Aus Sicht des Kremls, brachen die Oligarchen den Pakt.

Oligarchen greifen nach der Macht

Chodorkowskij griff in den letzten Monaten das staatliche Pipelinemonopol an und versuchte, der Regierung die Kontrolle über den Energieexport zu entreißen. Zwischen der Regierung und Jukos kam es zum Streit um die künftigen Transportrouten nach Asien. Jukos begann eigenständig Pipelines nach Murmansk und China zu verlegen. Chodorkowskij unternahm weiterhin größte Anstrengungen, sich in das vom halbstaatlichen Konzern Gasprom monopolisierte Gasgeschäft einzumischen. Nach und nach versuchte Chodorkowskij, vom Kreml kontrollierte staatlichen Energiekonzerne, wie Rosneft und Transneft, zu verdrängen und forderte die Regierung auf, alle russischen Ölfelder zu privatisieren.

Der zweitmächtigste Ölbaron des Landes, Abramowitsch, bemächtigte sich zusammen mit seinem Partner Oleg Deripaska der Kontrolle über 80 Prozent der russischen Aluminiumproduktion. Abramowitsch, der auch Gouverneur der Tschukotka-Region im äußersten Norden Russlands ist, bot dem Kreml die Stirn, als sein Konzern Sibneft Anfang des Jahres gegen den Widerstand Putins die russisch-belarussische Ölfirma Slawneft kaufte. Beobachter bezeichneten dies als Wiederauferstehung der „Jelzin-Familie“.

Im Kreml witterte man Ungemach, als sich die beiden Ölgiganten Jukos und Sibneft vereinigten und Chodorkowskij plötzlich politische Ambitionen zeigte. Er begann, die linken und rechten Oppositionsparteien der Kreml-Partei „Einheit Russlands“ zu finanzieren. Durch die Finanzierung der Kommunisten und liberalen Parteien hätte der reichste Mann Russlands sich eine starke Position in der künftigen Duma schaffen, Putins Mehrheit in der Legislative gefährden, eigene wirtschaftliche Interessen durchsetzen und sich womöglich später zum Premier küren lassen können. Für den Kreml, der bislang die Duma und die Regierung sorgfältig kontrolliert hatte, wurde Chodorkowskij zu einer echten Herausforderung.

Während die russischen Oligarchen noch vor wenigen Monaten gegen einen raschen Beitritt Russlands zur WTO wetterten, suchten sie nun im Schutz westlicher transnationaler Korporationen ihren Besitz zu legalisieren. Chodorkowskij und andere Oligarchen versuchten in den letzten Monaten, mit Mäzenatentum ihr Image im Westen zu verbessern. Chodorkowskij finanzierte die amerikanische Library of Congress und diverse Sportveranstaltungen. Abramowitsch erwarb den englischen Traditionsclub Chelsea London. Nach dem Vorbild der Übernahme der russischen TNK-Ölgesellschaft durch British Petroleum sollen sich Jukos und Sibneft um eine Verschmelzung mit Shell oder Exxon bemüht haben. Dieser Schritt hätte die Ölbarone für den Kreml unantastbar gemacht. Der neu geschaffene transnationale Energiekonzern unter Chodorkowskij's Führung wäre in der Lage gewesen, 50 Prozent der russischen Inlandversorgung mit Öl zu kontrollieren; das gesamte sibirische Öl und womöglich die sibirische Wirtschaft wären der Oberaufsicht der russischen Regierung entglitten. In Moskau mehrten sich Stimmen, die Jukos als fünfte Kolonne amerikanischer Ölinteressen bezeichneten.

Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1999/2000 mussten die Tschetschenen die Rolle des Prügelknaben übernehmen, um Putin und der Partei „Einheit“ die notwendige Popularität in der Bevölkerung zu sichern. Jetzt scheint der Kreml den Oligarchen diese Rolle zugedacht zu haben. Der Kreml wies die Staatsanwaltschaft an, mit aller Härte gegen Jukos und Sibneft vorzugehen. Mehrere Spitzenmanager von Jukos wurden verhaftet – manche sogar wegen Mordverdachts an Konkurrenten. Der Rundumschlag gegen andere führende Oligarchen wurde von der Bevölkerung begrüßt. Laut verschiedener Meinungsumfragen machten 70-80 Prozent der Befragten die Oligarchen für die soziale Misslage im Land verantwortlich. 95 Prozent sprachen sich für eine Revision der Privatisierung aus. 57 Prozent begrüßten das Vorgehen des Staates gegen die Oligarchen. 88 Prozent meinten, die Reichtümer der 15-20 Jungmilliardäre in Russland wären illegal angehäuft worden.

Die Kreml-Attacke gegen die Oligarchen könnte mehrere Ziele verfolgen. Einerseits ist sie auf die endgültige Entmachtung der so genannten Jelzin-Familie, die hinter den Kulissen immer noch ihre Fäden zieht, gerichtet. In der zweiten Amtsperiode sollen die zwischen Jelzin und Putin 1999/2000 vereinbarten Abmachungen nicht mehr gelten. Putin will jetzt allein regieren und vor allem vor den Wahlen den Eindruck

verwischen, er hätte sein Versprechen, massiv gegen Korruption und Kriminalität vorzugehen, nicht eingehalten. In den letzten Wochen sind in Russland hastige Säuberungsaktionen gestartet worden. Im Innenministerium wurden mehrere korrupte Polizeifunktionäre festgenommen und in Sankt Petersburg schuf sich der Kreml mit der Absetzung des widerspenstigen Gouverneurs die Voraussetzungen für eine lang ersehnte Kontrolle über Putins Heimatstadt. Zuvor waren mehrere lokale Mafiosi unter mysteriösen Umständen umgebracht worden.

Politische Kurskorrektur nach den Wahlen?

Andererseits wollen die Sicherheitsapparate Putins Diplomatie gegenüber dem Westen, die von den Oligarchen und den Reformpolitikern beeinflusst wurde, korrigieren. Die starke außenpolitische Fixierung auf die USA und auf die unbedingte Integration in westliche politische und wirtschaftliche Strukturen sollen abgebremst, russische nationale und globale Interessen besser zur Geltung kommen.

Die dritte Gruppe der Herrschaftselite stellen liberale Reformpolitiker, die mit Putin früher in Sankt Petersburg zusammengearbeitet haben. Im gegenwärtigen Konflikt stehen sie auf der Seite der Oligarchen, obwohl sie sich zuvor auch einige schwere Schlachten geliefert haben. Eine Revision der Privatisierung, auch wenn sie in den neunziger Jahren höchst ungerecht von statten gegangen war, könnte, so ihr Argument, nur in einem Bürgerkrieg enden. Doch ihr Einfluss ist begrenzt. Die FSB-Generäle könnten auch gegen diese Gruppe zuschlagen. Sie verdächtigen Premierminister Michail Kasjanow seit langem, die Interessen der Oligarchen in der Regierung zu unterstützen und sich als politische Alternative zu Putin zu profilieren. Die sensationelle Kritik der Staatsanwaltschaft an Kasjanows Parteiergreifung für Jukos wurde von Beobachtern als Indiz für die Geringschätzung des Premiers in der Kreml-Administration gewertet.

Die Vehemenz, mit der Jukos in der russischen Öffentlichkeit gegenüber den Kreml-Attacken verteidigt wurde, ließ aufhorchen. Bei den Attacken gegen Gussinskij's NTV oder Beresowskij's TV-6 war die Kritik in Russland noch leise ausgefallen. Neben Premier Kasjanow ergriffen jetzt Präsidentenberater Andrej Illarionow, Wirtschaftsminister Herman Gref, alle liberalen Parteiführer, der Unternehmer- und Industriellenverband, sogar Menschenrechtsorganisationen (!) und Kommunistenchef Gennadij Sjuganow (!) Partei

für Chodorkowskij. Selbst der Chef der Präsidentialadministration, Alexander Woloschin, dem die Aktionen seiner FSB-Stellvertreter kaum gefallen konnten, versuchte zu schlichten: er kündigte ein Machtwort des Präsidenten zur Beendigung des Streits an, das jedoch ausblieb.

Die FSB-Getreuen scheinen den Präsidenten vor den Wahlen auf die Positionen der Nationalisten und Kommunisten umgestimmt zu haben. Möglicherweise planen die FSB-Strategen, die nächste Regierung schon nicht mehr aus liberalen Politikern mit Verbindungen zu den Oligarchen zu bilden, sondern durch eine Koalition zwischen „Einheit Russlands“ und den Kommunisten zu ersetzen. Sergej Glasjew, hinter Sjuganow zweiter Mann im kommunistisch-patriotischen Block, sprach am 13. Mai in seinem Vortrag in der DGAP von vielen Gemeinsamkeiten zwischen Putin und dem linken Lager und verurteilte scharf das bestehende Oligarchenregime. Glasjew und Putins national ausgerichteter Berater Dmitrij Rogosin haben inzwischen ein Wahlbündnis geschlossen. Außenpolitisch würde eine Mitte-Links-Regierung eine Abkehr von der radikalen Westöffnungspolitik Putins herbeiführen.

Innenpolitisch liefe diese Entwicklung auf ein Wiederherstellen des staatlichen Gewaltmonopols, vor allem in der Wirtschaft, hinaus. Dies wäre eine Rückkehr zur Politik des Premierministers und Ex-Geheimdienstchefs Ewgenij Primakow (1998-99).

Andere Beobachter sind vom Gegenteil überzeugt: Putin hat sich der Integration Russlands mit dem Westen verschrieben, wird früher oder später seine FSB-Generäle in die Schranken weisen und den Liberalen in der künftigen Politik wieder den Vorzug geben. Eine Abkehr von der Westöffnungspolitik würde einer Revolution gleichkommen und wäre heute undenkbar.

Die Frage, ob Putin in Wirklichkeit ein verkappter Reformer ist, der, nachdem er die Korruption und Kriminalität erfolgreich besiegt hat, sich vollständig der liberalen Marktwirtschaft und Demokratie verschreibt, oder ob er eine liberale Gesinnung nur vor täuscht, um klammheimlich Russland zu einer militärischen Macht wieder aufzubauen, könnte noch für Diskussionsstoff sorgen.

Alexander Rahr

Russland nach dem Irak-Krieg

Entfremdung zwischen Russland und EU

Die Körber-Arbeitsstelle der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik führte nach dem Irak-Krieg mehrere Treffen mit russischen Politikern durch, um die russische Wahrnehmung der veränderten weltpolitischen Lage auszuloten. Am 8. Juli fand in Rom ein EU-Russland-Forum mit Unterstützung der Kreml-Administration, der italienischen EU-Präsidenschaft, sowie der Europäischen Kommission statt, auf dem hohe Politiker, Militärs, Konzernchefs, Redakteure und internationale Experten die Zukunft von gemeinsamen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Räumen diskutierten. Bei einem von der DGAP zusammen mit der deutschen Botschaft in Moskau am 18. Juni im Hotel Balttschuk durchgeführten Fachgespräch mit russischen Experten (u.a. Gleb Pawlowskij, Alexej Puschkow, Alexander Dugin), bestätigte sich, dass die russische Außenpolitik zwischen einer pro-amerikanischen und einer pro-

europäischen Linie hin und her schwankt, wobei Moskau pragmatisch überlegt, aus welcher Orientierung am meisten Profit herauszuschlagen wäre.

Russland sucht in seiner Außenpolitik den Weg zurück an die Weltspitze. Den Apparaten, die die Außenpolitik heute gestalten, fällt es leichter, sich über eine sicherheitspolitische Kooperation mit den USA, als über eine komplizierte Wirtschaftspolitik mit einer mit sich selbst beschäftigten EU als Großmacht zu definieren. Die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft, die am Anfang der Präsidentschaft Putins angedeutet wurde, ist einer Ablehnung gewichen. Russland möchte aber mit der EU gleichberechtigt an der Architektur Europas mitarbeiten. Die Frustration Russlands gegenüber der EU kommt immer deutlicher zum Vorschein. Trotz persönlichen Einsatzes Putins für die Annäherung seines Landes an die EU, sind Erfolge

ausgeblieben. Die Konturen eines gemeinsamen Wirtschaftsraums bleiben verschwommen, eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit wird nicht diskutiert. Die Energieallianz besteht nur auf dem Papier. Um einen sichtbaren Erfolg seinen Wählern präsentieren zu können, schlug Putin die Abschaffung von Visa zwischen Russland und der EU vor. Diese Frage ist, so Präsidentenberater Sergej Jastrschembskij auf dem EU-Russland-Forum in Rom, die bedeutendste in den Beziehungen zwischen Europäern und Russen. Das Schengener Abkommen habe eine neue Mauer in Europa errichtet.

Die EU hat Arbeitsstäbe zur Prüfung dieser Frage eingesetzt. Russland möchte nicht durch die Ausweitung des Schengener Abkommens auf ganz Mitteleuropa vom europäischen Kontinent abgeschnitten werden. Um die EU zur Auflockerung der Visabestimmungen zu bewegen, könnte Russland zunächst einseitig den Visazwang für EU-Bürger aussetzen. Der Chefredakteur von Iswestija, Michail Koschokin, sagte in Rom, Russland brauche eine radikale Öffnung zum Westen, um seine liberalen Reformen zu Ende zu führen. Eine neue Mauer in Form von Visabarrieren würde die Gefahr einer Abkopplung von Europa und eines Rückfalls in den Totalitarismus mit sich bringen.

Die am EU-Russland-Forum teilnehmenden Vertreter der Europäischen Kommission blieben zurückhaltend: Putin könne einige EU-Staatschefs dazu überreden, das Visaregime aufzuheben, die Innenministerien der einzelnen EU-Staaten würden jedoch einen solchen Schritt nicht mittragen. Die organisierte Kriminalität aus Russland stelle weiterhin eine Bedrohung für die westlichen Gesellschaften dar. Auch stelle sich die Frage, ob die russischen Innen- und Außenministerien, die an der Vergabe der Visa Geld verdienen, sich mit der Lockerung des Visaregimes einverstanden erklären würden.

Das EU-Russland-Forum brachte weitere negative Aspekte in den Beziehungen zwischen EU und Russland zutage. Russlands Angebot einer Verdoppelung der Öl- und Gaslieferungen nimmt die EU, mit dem Verweis auf die Notwendigkeit einer Diversifizierung der Energieimporte, nicht an. Gasprom-Vorstand Jurij Komarow sprach den EU-Bürokraten den Sinn für sicherheitspolitisches Denken in Energiefragen ab. Einen Umschwung könnte die Entscheidung Russlands bringen, künftige Energielieferungen nicht in US-Dollar, sondern in Euro zu verrechnen. Diese und andere konkrete Vorschläge zur engeren EU-Russland-Kooper-

ation hatte Russland in einem Strategiepapier dem EU-Gipfel in Helsinki im Oktober 1999 vorgelegt. Die EU hat dieses Papier, in dem zum ersten Mal von russischer Seite eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der EU anvisiert wurde, jedoch niemals richtig zur Kenntnis genommen.

In der EU fragt man sich derweil, was Russland von der EU eigentlich erwarte. Moskau mache keine Anstalten, das westliche Wertesystem zu übernehmen. In Tschetschenien würde die russische Armee weiterhin gegen elementare Menschenrechte verstoßen, Moskau würde sich nicht an die europäischen zivilisierten Verhaltensregeln in einem solchen Konflikt halten.

Putin orientiert sich an Bush und Blair

Während der Irak-Krise mag manch einer im Kreml davon geträumt haben, ein russisch-europäisches Gegengewicht zu den USA in der Weltpolitik aufzubauen. Dieser Versuch ist – wenn es ihn überhaupt ernsthaft gegeben hatte – gründlich misslungen. Nachdem Russland gesehen hatte, wie sich die Weltmacht USA gegen die europäischen Verbündeten durchgesetzt hat, verlor der Kreml das Interesse an einer sicherheitspolitischen Partnerschaft mit den Europäern und richtete seine Politik ganz an den USA aus. Für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) haben die Russen heute nur ein mildes Lächeln übrig. Auf dem in Rom von General Rainer Schuwirth, Generaldirektor des EU-Militärstabs beim EU-Rat, geäußerten Vorschlag einer Zusammenarbeit zwischen ESVP und Russland auf dem Balkan und im Mittleren Osten gingen die russischen Entscheidungsträger nicht ein, mit Ausnahme des Stellvertretenden Chefs des Generalstabes, Jurij Baluowskij, der über gemeinsame Rüstungsprojekte sprach. Russland entschied, seine Friedenstruppen, gemeinsam mit den amerikanischen vom Balkan abzuziehen und sie gegebenenfalls nach Afghanistan oder Irak zu verlegen. Nichts hätte die Prioritäten der russischen Diplomatie besser unterstreichen können als dieser Schritt, der Russland wieder auf gleiche Augenhöhe mit Amerika bringen sollte.

Die deutsch-französisch-russische „Achse“ vom Frühjahr 2003 existiert nicht mehr. Stattdessen bemüht sich Putin darum, in das strategische Bündnis zwischen George W. Bush und Tony Blair eingeschlossen zu werden. Die pompösen Feiern zum 300. Jahrestag von Sankt Petersburg, Putins Staatsbesuch in Großbritannien im Juni 2003 und sein bevorstehender Besuch

bei Bush in Camp David, sollen hierfür die Weichen stellen. So wie Putin am Anfang seiner Präsidentschaft Deutschland mit einer groß angelegten Energieallianz lockte, will er nun mit den USA und Großbritannien den Energiedialog in praktische Bahnen lenken.

Russland scheint die EU zu unterschätzen und die Möglichkeiten russischer Kooperation mit den USA zu überschätzen. Heute nimmt Russland die ESVP nicht ernst, obwohl in der EU schon Pläne entworfen werden, nicht nur auf dem Balkan und in Kongo eigenständige Friedensmissionen durchzuführen, sondern demnächst auch im GUS-Raum. Zunächst könnte eine europäische Friedensstruppe in Transnistrien, der separatistischen Teilrepublik Moldawiens eingesetzt werden, aus der sich russische Truppen laut OSZE-Beschluss herausziehen müssen. Ähnliche Friedenseinsätze plant die ESVP im Südkaukasus, möglicherweise in Abchasien.

GUS driftet auseinander

Für die künftigen strategischen Beziehungen zwischen Russland und den USA könnte die amerikanische Politik im Süden des post-sowjetischen Raumes für erhebliche Konflikte sorgen. Zwischen Russland und den USA herrscht derzeit ein regelrechtes Tauziehen um die südkaukasischen und zentralasiatischen Länder. Russland hat zwar den Kollektiven Sicherheitspakt wiederaufgerichtet, doch die USA haben ihrerseits der GUUAM-Organisation (Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan, Moldawien) neues Leben eingehaucht und sie als Alternative zur GUS gestärkt. Amerikanische und britische Ölmultis haben mit dem Bau der umstrittenen Baku-Ceyhan-Pipeline begonnen, Aserbaidschan und Georgien sind fester Bestandteil dieser amerikanisch-türkischen Energieallianz, die kaspisches Öl in Umgehung Russlands in den Westen transportieren soll. Beide Staaten machen sich Hoffnungen auf eine Aufnahme in die NATO. Nach dem anstehenden Machtwechsel von Vater zu Sohn Aliew in Baku, dürfte sich an der westorientierten Ölpolitik Aserbaidschans wenig ändern.

Der russische Einfluss in Zentralasien schwindet ebenfalls. Mit Turkmenistan, das Russland wieder an sein Gasnetzsystem angebunden zu haben glaubte, liegt Moskau im ernsthaften Streit wegen der Diskriminierung der dort lebenden Russen. Derweil bauen die USA ihre Basen in Usbekistan und Tadschikistan

aus. Die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SchOS) verlagert ihr Gewicht von Moskau nach Beijing.

Die ehemaligen Sowjetrepubliken driften politisch weiter auseinander. Vor einem Jahr hatte Putin die Idee einer Wiedervereinigung mit Belarus bis zum Jahre 2004 aufgebracht. Bis heute ist noch nicht einmal eine gemeinsame Währung innerhalb der russisch-belarussischen Union eingeführt worden. Minsk distanziert sich auch von einer zu engen militärischen Kooperation mit Moskau. Auch der ukrainische Präsident Leonid Kutschma hat sein Land wieder an die Seite Amerikas gestellt, Friedenstruppen in den Irak entsandt und mit Evhen Martuschuk einen radikalen Verfechter einer ukrainischen NATO-Mitgliedschaft zum Verteidigungsminister erkoren.

Was tun?

Russland kann heute auf die NATO- sowie EU-Erweiterungsprozesse keinen Einfluss nehmen. Das künftige EU-Europa wird bald aus 30 Staaten bestehen, darunter ehemalige Sowjetrepubliken. Die dritte NATO Osterweiterungsrunde könnte auf den Balkan und den Kaukasus ausgeweitet werden. Doch eine Demütigung Russlands wäre fehl am Platze. Aus westlichem Interesse müsste Russland in die entstehende Architektur dieses „Groß-Europas“ langsam eingebunden werden, ansonsten drohen neue Konflikte, denn Russland wird sich, nach den Worten des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates, Michail Margelow, von der EU vom europäischen Kontinent nicht vertreiben lassen.

Der Politologe Falk Bomsdorf schreibt (Europäische Rundschau 2/2003): „Der Westen muss sich noch einmal vergegenwärtigen, weshalb er Russlandpolitik betreibt und weshalb er nicht die Option wählt, Russland sei wie ein fernes, fremdes Land zu behandeln, das man weder beeinflussen kann noch will. Entschließt sich der Westen zu dem Versuch, auf den säkularen Prozess des gesellschaftlichen Wandels in Russland einzuwirken, muss er sich auf lange Fristen einrichten. Schließlich muss er davon ausgehen, dass dieser Versuch auf große Hindernisse stößt; denn die russische Geschichte hat mehr als nur Spuren in der russischen Gesellschaft hinterlassen – sie hat diese Gesellschaft in einer Art und Weise geprägt, die westlicher Einflussnahme große Widerstände entgegensetzt.“

Alexander Rahr

Weichenstellung in der Ukraine

Machtinteressen verhindern Reformen in der Ukraine

In der Außenpolitik hat die Ukraine eine bedeutende Wende vollzogen. Sie steht wieder eng an der Seite der USA. Die Integration in der NATO, EU und WTO erfordert jedoch tief greifende innere Reformen. Die verbesserte Wirtschaftslage könnte den Prozess unterstützen, wären da nicht Partikularinteressen innerhalb der Herrschaftselite, die die Reformbemühungen immer wieder bremsen.

Der Vorsitzende der Sozialisten, Alexander Moroz, beklagte in seinem Vortrag in der DGAP am 22. Mai, dass der ukrainische Staat durch die Insiderprivatisierung „verschleudert“ worden sei. Die Regierung hätte am Verkauf des ehemaligen Staatsvermögens nur 1,2 Milliarden US-Dollar eingenommen. Den Löwenanteil hätten sich die ukrainischen Oligarchen angeeignet. Laut Moroz, würde die Ukraine von drei Clans regiert: dem Donetsk-Clan um den Kohle-Oligarchen Rinat Achmedow, der den jetzigen Premierminister, Viktor Janukowitsch, stützt, den Dnepropetrowsker Clan des Kutschma-Schwiegersohns Viktor Pintschuk und dem Kiewer Clan von Viktor Medwedtschuk und Grigorii Surkis. Die Oligarchen hätten die politischen Schlüsselpositionen in Regierung und Parlament mit eigenen Leuten besetzt. Laut Moroz kann nur eine breite Koalition von linken und nationalen Kräften (Kommunisten, Sozialisten und Julia Timoschenko) das gegenwärtige Oligarchenregime ersetzen.

Auch Ex-Premier und Chef des ukrainischen Unternehmerverbands, Anatolij Kinach, kritisierte am 22. Juli in der DGAP die Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik, welche die notwendigen Reformen behindere. In der Vergangenheit habe sich die Konkurrenzfähigkeit eines Unternehmens durch dessen Zugang zur Macht ausgezeichnet. Er plädierte daher für die Schaffung eines transparenten Marktes, in dem lediglich unternehmerische Fähigkeiten über Erfolg entscheiden. Ob eine konsequente Trennung zwischen Politik und Wirtschaft in der Werchowyna Rada auf Resonanz stoßen wird, ist fraglich. 364 Abgeordnete, d.h. über 4/5 der Parlamentsmitglieder, beziehen nämlich Gehälter aus der Wirtschaft. Abgeordnete

sind Geschäftsführer von 202 und Gründer von 473 Unternehmen, oder sie sind an der Tätigkeit weiterer 3105 Unternehmen beteiligt (FIIA Report 2003: Ukraine in tomorrow's Europe). Umso brisanter erscheint daher die Aussage Kinachs, dass die Staatseinnahmen in Folge von Korruption und Schattenwirtschaft mit 10 Milliarden US-Dollar zu gering ausfielen, obwohl ein Wirtschaftswachstum von jährlich 7 Prozent zu verzeichnen und das Realeinkommen der Bevölkerung um 18,2 Prozent steigen würde. Kinach betonte allerdings, das Wirtschaftswachstum reiche nicht aus, um die Ukraine international wettbewerbsfähig zu machen und die angestrebte WTO-Mitgliedschaft zu verwirklichen. Der Mittelstand müsse gefördert und Unternehmern mehr Rechtssicherheit garantiert werden. Durchgreifende Reformen würden bei den Oligarchen aber auf wenig Unterstützung stoßen, weil sie ihren Machtinteressen zuwiderliefen. Der Sieg von Claninteressen bei den Präsidentschaftswahlen 2004 würde das Land nicht voranbringen. Allerdings warnte Kinach auch vor einem Sieg der radikalen nationalistischen Kräfte bei den Präsidentschaftswahlen, die das Land ebenfalls destabilisieren würden.

Präsident Leonid Kutschma hat kürzlich einige personelle Veränderungen in der Regierung vorgenommen, die der Reformpolitik einen besonderen Stempel aufdrücken sollten. Zunächst wurde Kinach durch Janukowitsch ersetzt, der Chef der Privatisierungsbehörde musste zurücktreten, schließlich wurde mit Ex-Premier und Ex-KGB-Chef Ewgenij Martschuk ein politisches Schwergewicht an die Spitze des Verteidigungsministeriums gesetzt, um die ukrainische Armee für die NATO-Mitgliedschaft zu trimmen. Martschuk war der erste ukrainische Politiker, der die Mitgliedschaft seines Landes in der NATO öffentlich befürwortete. Mit seiner Ernennung wurde der pro-atlantische Kurs verstärkt.

Nun muss die politische Weichenstellung für die Ära nach Kutschma vorgenommen werden. Regierung und Parlament wünschen eine umfassende Verfassungsreform. Im März legte Kutschma ein Projekt vor,

das die Transformation des jetzigen Präsidialsystems in eine parlamentarische Republik vorsah. Der Präsident sprach sich für gleichzeitige Präsidentschafts- und Parlamentswahlen aus, was die Opposition zur Spekulation veranlasste, Kutschma wolle so seine Amtszeit verlängern. Nach erbittertem Streit mit der Opposition, deren Anführer aus persönlichen Ambitionen einer Schwächung des Präsidialamts nicht

zustimmen wollten, erwog Kutschma plötzlich, sein Reformprojekt wieder zurückzuziehen. Kutschma geht es darum, nach seiner Amtszeit sicher vor Strafverfolgung zu sein. Vermutlich sucht er nach einem „ukrainischen Putin“. Er soll sein Augenmerk auf den bisher unscheinbaren Transportminister Georgij Kirpa gelegt haben.

Frederik Gaul

Jugendforum zur Unterstützung des Petersburger Dialogs

Junge Russen und Deutsche zur Weltlage

Ende Mai fand in der DGAP ein Runder Tisch deutscher und russischer Jugendorganisationen statt. In den Referaten des Vertreters der „Jugendbotschaft Sankt Petersburg“, Ewgenij Golowanow, und des Studenten der FU Berlin, Jurij Galperin, wurde die Notwendigkeit eines trilateralen Dialogs mit den USA hervorgehoben. Auch Russland sei an einer Stärkung der transatlantischen Gemeinschaft interessiert. Christoph Neuberg und Oldag Caspar riefen die Russen dazu auf, die Beziehungen zur EU keinesfalls zu vernachlässigen. Russland müsse zunächst im Innern für Ordnung schaffen, bevor es sich über die globale Zusammenarbeit mit den USA wieder als Großmacht definieren könnte. Grigorij Andreew erwiderte: „Mit unserer Seele sind wir mit der EU, mit unserem Pragmatismus mit den USA verbunden.“ In der Diskussion wurde der Streit „altes“ versus „neues“ Europa angesprochen. Julia Steets von der Körber-Stiftung meinte, die Westeuropäer wären von der Eigenständigkeit der mittelosteuropäischen Staaten überrascht gewesen. Alexander Götz, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestages, warnte vor dem Zusammenrücken Russlands und Europas auf der Grundlage eines gemeinsamen islamischen Feindbilds. Anna Litwinenko sah die Gefahr der Unterteilung der Welt in eine pro-westliche und islamische aufkommen.

Eine weitere wichtige Initiative zum Jugenddialog ist das von der Körber-Stiftung ins Leben gerufene Netzwerk Eustory. Seit 1999 organisiert die russische Bürgerrechtsgesellschaft Memorial einen Geschichtswettbewerb für Jugendliche unter dem Titel „Der Mensch in

der Geschichte – Russland im 20. Jahrhundert.“ Ziel des Wettbewerbs ist es, eine unabhängige Auseinandersetzung von Schülern mit der russischen Geschichte des 20. Jahrhunderts anhand von Einzelschicksalen oder einer Region anzugehen. Memorial erhielt mehrere hunderte von Arbeiten aus vielen Regionen Russlands. Der Wettbewerb erfreut sich größter Popularität. Die besten Aufsätze werden nun im Sammelband: Irina Scherbakowa (Hrsg.), „Russlands Gedächtnis. Jugendliche entdecken vergessene Geschichte“, Körber-Stiftung, Hamburg 2003, veröffentlicht. Sie legen ein eindrucksvolles Zeugnis vom ausgebildeten Geschichtsverständnis der jungen Generation ab. Diese Art von Geschichtserforschung trägt maßgeblich zur Herausbildung der Zivilgesellschaft in Russland bei. Das Buch wird auf der Frankfurter Buchmesse im Oktober 2003 präsentiert.

Katja Dmitrieva, Helena Meier



Deutsch-russisches Polittreffen der Jugend auf der Terrasse der DGAP-Villa im Tiergarten.